

Karl Ganser in NRW

Einen guten Tag, Ihnen allen, liebe Ruth Ganser, es ist Dein großes Verdienst, dass dieses Symposium zur Erinnerung an und zur Würdigung von Karl Ganser hier heute so stattfindet. Karl Ganser war, darauf von mir angesprochen, der Meinung, er hinterlasse nichts, was aus fachlich - wissenschaftlichen Gründen bewahrt werden müsse. Bei einem der jährlichen Besuche meiner Frau und mir bei Euch in Nattenhausen, regtest Du an, uns zu zeigen, welche baulichen Verbesserungen ihr in Eurem denkmalwerten Haus vorgenommen hattet. Diese Besichtigung führte auch auf den Dachboden. Und dort lagen Kisten über Kisten mit Unterlagen, Büchern und Dokumenten, die Karl Ganser dort gelagert hatte. Mein Vorschlag, das für andere zugänglich zu machen, wies er zunächst zurück, fügte aber einige Zeit später hinzu, wir könnten im nächsten Jahr darüber sprechen. Aber auch im nächsten Jahr gab es noch keine Entscheidung, vor allem war Ganser unklar, wo die Unterlagen aufbewahrt werden können, um Missbrauch auszuschließen. Ein weiteres Jahr später war es dann so weit, Karl Ganser hielt die Emschergenossenschaft für vertrauenswürdig zur Bewahrung, mich und unseren früheren Mitarbeiter Hein Arning für geeignet, die Unterlagen entgegenzunehmen. Nun verging ein weiteres Jahr, in dem Ganser sortierte, aber dann konnten Sie, lieber Herr Professor Petzel, einen Kombi nach Nattenhausen schicken, wo Arning und ich die Kisten entgegennahmen und verladen ließen. Als die Kisten in Essen angekommen waren, hatte ich schon mit Ihnen, lieber Herr Professor Sonne, über diese Unterlagen gesprochen und Sie äußerten den Wunsch, sie doch dem Baukunstarchiv zu übergeben, vor allem, weil sie dort archivgerecht erfasst und gesichert werden könnten. Am Telefon war Ganser damit einverstanden, und die Emschergenossenschaft konnte den Kombi am Dortmunder Ostwall entladen lassen. Zeitgleich hatten Sie, Herr Sonne, meine gegenüber Ihnen und einigen anderen Kollegen an der TU Dortmund geäußerte Frage, ob nicht ein junger Wissenschaftler über Karl Ganser promovieren könnte, damit beantwortet, Ihre Mitarbeiterin Frau Dr. Anna Kloke könne von der Architektenkammer NRW ein Habilitationstipendium bekommen und über Ganser habilitieren. Damit haben Sie, liebe Frau Kloke, inzwischen begonnen.

Ihnen, den so Genannten, gilt meine besondere Begrüßung, dazu zwei früheren Ministern des Landes NRW, Frau Ilse Brusi und Herrn Prof. Dr. Manfred Dammeier, dann dem Vorsitzenden der Verbandversammlung des RVR, Herrn Oberbürgermeister Dr. Frank Dudda, Herrn Oberbürgermeister Bernd Tischler, den Staatssekretär im Bundespräsidialamt zu Zeiten des Bundespräsidenten Rau, Herrn Rüdiger Frohn, frühere und gegenwärtige Abgeordnete im Bundes- und im Landtag, früherer Staatssekretäre mehrerer Länder, Sie alle, und dann ganz besonders Roland Günter, der heute 87 Jahre alt wird, herzliche Gratulation.

Rückblicke auf für die stadträumliche Entwicklung bedeutsames politisches Handeln, das drei bis vier Jahrzehnte zurückliegt, stoßen auf manche Besonderheiten. Masterstudierende an der Fakultät Raumplanung der TU Dortmund kennen den Begriff Flächensanierungen nicht mehr.

Wissenschaftler, deren engagierte Orientierung an den gewollten Zerstörungen von Quartieren und auch Denkmälern ansetzte, erkennen nur begrenzt, was sich inzwischen geändert hat. Manche, die vor allem die IBA Emscher Park als etwas Hervorstechendes wahrnehmen, fragen nicht nach den zeitgeschichtlichen Zusammenhängen, in denen sie initiiert wurde.

Karl Ganser ist nach Beendigung seines Wirkens in NRW, mehrfach gewürdigt worden. Hervorheben möchte ich zwei dieser Würdigungen, die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Fakultät

Geowissenschaften der Ruhr Universität Bochum, bereits am 30. Juni 1999, und die Verleihung des Staatspreises des Landes Nordrhein-Westfalen durch Ministerpräsident Peer Steinbrück am 14. Januar 2004. Die Ehrenpromotionsurkunde würdigt Ganser, sehr zutreffend, als „einen tatkräftigen Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Politik, der in beiden Feldern vielfältige und weitreichende Anstöße gegeben hat.“ Betont wird dazu, dass er „die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung zu einer führenden Einrichtung der geowissenschaftlichen Analyse und Beratung umgeformt hat“, sowie „seine national und international hoch geachtete Tätigkeit als Geschäftsführer der IBA Emscher Park.“

Ministerpräsident Steinbrück stellte in seiner Rede bei der Staatspreis-Verleihung fest, dass Ganser 1980 im Städtebauministerium des Landes NRW die Leitung der Abteilung Stadterneuerung, Denkmalschutz und Bauleitplanung übernahm. „Hier hat er eine Sanierungswut gestoppt, die in Deutschland mehr Bausubstanz zerstört hatte als der Zweite Weltkrieg. Er hat das Prinzip der erhaltenden Stadterneuerung eingeführt. Stadterneuerung ohne Beton im Kopf und Abrissbirne, stattdessen mit Vernunft, Verstand und dem Spaten.“ Steinbrück resümierte: „Sie lieber Herr Ganser, haben damit ein Stück Landgeschichte mitgeschrieben.“

Die Ehrenpromotionsurkunde verweist zuerst auf Gansers Leistungen, bevor er nach NRW kam, Professor Dr. Heiner Monheim wird darauf eingehen, Steinbrück stellt Ganser in die Geschichte NRWs. Darüber möchte ich sprechen.

Die 20 Jahre, in denen Ganser in und für NRW tätig war, haben zeitgeschichtliche Voraussetzungen, die damit ihr Rahmen waren. Dieser Rahmen war die Perzeption von Stadtentwicklung seit den 1970er Jahren, und es waren Gegebenheiten und Ziele der Landespolitik in NRW.

Das sicher so nicht unmittelbar wahrgenommene landespolitische Schlüsselereignis für Gansers drei Jahre später beginnendes Wirken war der Rücktritt des bedeutendsten Raumplaners der Bundesrepublik Deutschland, Professor Dr. Friedrich Halstenberg, übrigens auch Initiator der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund, aus seiner Funktion als Finanzminister im Mai 1978. – Ganser hat übrigens Halstenberg nicht so geschätzt, wie ich es für richtig halte. – In die Landesregierung wurde nun ich berufen, als Minister für Bundesangelegenheiten, Ministerpräsident Heinz Kühn hatte einen klaren Auftrag für mich in Bonn: „Kohle, Kohle, Stahl, Stahl.“ Im September 1978 vollzog die SPD einen Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten, auf Heinz Kühn folgte Johannes Rau. Dieser Wechsel war auch mitbedingt von einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Ruhrgebiet. Eine für Jahre erfolgreiche Strategie hatte 1968 Halstenberg gelegt mit dem Entwicklungsprogramm Ruhr. Nun aber gingen nach den Absatzmöglichkeiten der Steinkohle auch die von Stahl zurück, Indien und China produzierten günstiger. Und die Annahmen, nach Aufgabe schwerindustrieller Produktionsstätten könnten auf deren freigesetzten Arealen neue Industrieanlagen errichtet werden, realisierten sich nicht. Abgesprochen mit Halstenberg und mir initiierte Johannes Rau im Juni 1979 die Ruhr Konferenz in Castrop- Rauxel. Als Minister für Bundesangelegenheiten bekam ich nun den Auftrag, in Bundesministerien nach innovativen Vorstellungen für die stadträumliche Entwicklung des Ruhrgebiets zu suchen. Bei Befragungen erhielt ich den Hinweis, im Bundesbauministerium gäbe es da nur einen, den Leiter der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Professor Dr. Karl Ganser. Ich lud ihn zum Essen in die NRW-Landesvertretung ein, er kam, ich glaube er hielt das für einen überflüssigen Termin. Mir blieb in Erinnerung, dass er die industrielle Entwicklung am Neckar für ähnlich zukunftsunverträglich einschätzte wie die im Ruhrgebiet.

Zu den Ergebnissen der Ruhrkonferenz gehörte, dass für die Entwicklung des Ruhrgebiets auch städtebauliche Maßnahmen gefordert werden sollten und vor allem die Einrichtung eines Grundstücksfonds zum Erwerb aufgelassener und ökologisch beschädigter Industrieareale durch das Land – der Vorschlag stammte dabei von dem FDP-Innenminister Burkhard Hirsch.

Im Mai 1980 fanden Landtagwahlen statt, die SPD erreichte die absolute Mehrheit der Mandate, die FDP scheiterte an der 5% Klausel. Nun bildete Rau das Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung – MLS – und ernannte mich zu dessen Minister. Für Stadtentwicklung waren zuvor im Innenministerium der FDP nahestehende Beamte zuständig, die Stadtentwicklung in hohem Maße als Maßnahmen der Wirtschaftsförderung ansahen. So hielt ich einen von außen kommenden Abteilungsleiter für erforderlich und erinnerte mich an das Gespräch mit Ganser ein Jahr zuvor. Ich lud ihn nach Bochum ein, wo ich privat wohne. Er kam, wir machten einen langen Gesprächsrundweg, auch über das Gelände der Ruhr Universität. Dort sagte er, nur wenn ich weitere derartige Betonriesen staatlichen Bauens nicht zulassen würde, könnte er kommen. Darauf verständigten wir uns.

Gansers Amtsantritt stand jetzt im Wege, dass der Landtag in der vorherigen Legislaturperiode eine Stellenprüfungskommission eingesetzt hatte. Diese schlug die Streichung der Stelle des Abteilungsleiters Stadtentwicklung vor. Die Landesregierung und dann der neue Landtag folgten der Empfehlung nicht, Ganser konnte Anfang 1981 im MLS beginnen.

Das tat er im Rahmen von Perzeptionen von Stadtentwicklung seit den 1970er Jahren. Sicher für uns beide, wir waren Mitglieder der SPD, war ein früherer Bezug: das kommunalpolitische Konzept der Jungsozialisten aus dem Jahr 1971. Es enthielt eine radikale, ablehnende Kritik an den Flächensanierungen des von der Neuen Heimat durchgesetzten Städtebauförderungsgesetzes. Dann war 1975 das europäische Denkmalschutzjahr. In NRW wurde 1980, noch vor den Landtagswahlen, ein Denkmalschutzgesetz verabschiedet, dank der Initiative der Abgeordneten Reinhard Grätz (SPD) und Wolfgang Heinz (FDP). Und es gab bereits das Westfälische Industriemuseum auf der Zeche Zollern in Dortmund. Deren Unterschutzstellung hatten vor allem die Industriephographen Hilla und Bernhard Becher durchgesetzt – gegen den westfälischen Landeskonservator. Noch bevor Ganser kommen konnte, initiierte ich die Gründung des Rheinischen Industriemuseums.

Ganser kam aber in eine nordrhein-westfälische Wirklichkeit, die diesen fachlich-moralischen Konzepten überwiegend nicht entsprach. Seit der Einführung des MLS in den Haushalt 1981 lässt sich dann nachverfolgen, wie er – bürokratisch! – durch Verwaltungshandeln – die seit 1970 neue Vorstellung von Stadtentwicklung Wirklichkeit werden ließ. Das ist seine herausragende nachhaltige Leistung, nachhaltiger als die IBA.

Dabei erfasse ich jetzt weniger die konzeptionellen Ziele, sondern die verwaltungsrelevanten Maßnahmen.

1981 – also vor über 40 Jahren – wurde entschieden:

Anträge auf Ausweitung bereits laufender Stadtentwicklungsmaßnahmen – insbesondere für förmlich festgelegte Sanierungsgebiete – sind grundsätzlich abzulehnen.

Nachfinanzierungen werden grundsätzlich nicht zugelassen.

Von 300 förmlich festgelegten Sanierungsmaßnahmen sollen 70 bis 1982 abgeschlossen werden; 60 neue Maßnahmen müssen kritisch überprüft werden.

An städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen ist kein Bedarf erkennbar. Die Modernisierung von Arbeitersiedlungen wird fortgesetzt.

Die Beruhigung des Verkehrs in Wohngebieten ist die wichtigste Maßnahme zur Verbesserung des Wohnumfelds.

Betriebsverlagerungen sind die „Ultima Ratio“, Standortsicherung in Gemengelagen wird an Bedeutung gewinnen.

Bürgerhäuser sind wichtig für die politische Kultur.

Denkmalschutz hat eine Bedeutung, die über die Erhaltung von Zeugen der Baugeschichte und der Kultur hinausgeht, die Bewahrung von Industriebauten ist eine besonders wichtige Aufgabe.

Diese Verwaltungsmaßnahmen bedurften dann weiterer Konkretisierungen.

1982 wurde die Problematik von Gemengelagen von Wohnen und Arbeiten in den Bergischen Großstädten erfasst. Es gab ein mittelfristiges Programm der Städtebauförderung, sie enthielten keine neuen Genehmigungen von auf der Grundlage des Städtebauförderungsgesetzes entschädigten Betriebsverlagerungen, neuer Schwerpunkt war Wohnumfeldverbesserung.

1983 wurden die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen erlassen, damit war das Verwaltungsinstrumentarium fertig. Erhaltende Stadterneuerung wurde als Ziel proklamiert, mit den Schwerpunkten „Erhaltung und Modernisierung des alten Wohnungsbestandes“, „Verbesserung des Wohnumfeldes“, „Standortsicherung der Betriebe in Gemengelagen“.

1984 gab es den Planungserlass, der das Nebeneinander von Betrieben und Wohnungen regelte, die Abschaffung der Förderung von Betriebsverlagerungen war so gerechtfertigt. Ein anderer Erlass regelt die Förderung „Historischer Stadtkerne“, konzentriert in Ostwestfalen.

1985 waren 364 der 383 Sanierungsmaßnahmen abgeschlossen.

Ganser war einer von sechs Abteilungsleitern, mit denen ich jeden Montag das Handeln des Ministeriums abstimme. Von Ganser mit beeinflusst wurden, in der Zuständigkeit anderer, Sozialwohnungen mit mehr als vier Geschossen nicht weiter gefordert, Staatshochbau auf die Umnutzung und Erneuerung bestehender Gebäude konzentriert.

Die landesplanerische Standortvorsorge für flächenintensive Großvorhaben und Großkraftwerke – Landesentwicklungsplan (LEP) VI – wurde in Frage gestellt. Diese Erfahrung war relevant für Gansers Planungsverständnis des projektbezogenen Perspektivischen Inkrementalismus – langfristige Flächensicherungen können Proteste hervorrufen, obgleich niemand weiß, ob sie wirklich erforderlich sind.

1985 änderte Ministerpräsident Johannes Rau die Zuständigkeit des von mir geführten Ministeriums. Die Landesplanung ging an das Umweltministerium, anders als ich wollte dessen Minister Klaus Matthiesen den Braunkohlentagebau nicht beenden. Zum Ausgleich kam die Verkehrspolitik zu mir, aus dem Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung – MLS – wurde das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr – MSWV.

Stadtentwicklung und Verkehrspolitik in einem Ministerium ist ein Ressortzuschnitt, der Stadtentwicklungsplanung integriert möglich macht. Ob Rau das so sah, mag offenbleiben, dass diese Integration auf Bundes- wie auf Landesebene immer wie koalitionsbezogen geändert wird, ist ein Dilemma.

Gansers Abteilung wurde nun für die Förderungen aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes – GVFG – zuständig. Gefördert wurde damit der umweltgerechte Umbau von innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen, eine beispielhafte Arbeitshilfe dazu wurde veröffentlicht.

Verkehrsberuhigung konnte integriert aus Mitteln dieses Gesetzes und der Städtebauförderung finanziert werden. Eine herausragende Förderung aus dem GVFG, dessen Konzipierung Ganser initiierte – war die Eintunnelung der Rheinuferstraße in Düsseldorf, verbunden mit der archäologischen Wiederentdeckung des alten Düsseldorfer Hafens. Das bedeutendste städtebauliche Projekt, das Ganser ermöglichte, befindet sich in der Landeshauptstadt.

Es gibt Diskussionen, dass Ganser mehr für eine umweltgerechte Verkehrspolitik hätte erreichen sollen. Das übersieht die rechtlichen Regelungen, für den Verkehrsbereich nimmt der Bund die möglichen Kompetenzen umfassend wahr, Maßnahmen des ÖPNV werden bis zu 90 % vom Bund gefordert. Beim Bau von Autobahnen sind landepolitisch nur Verzögerungen möglich, die Vorhaben des derzeitigen Bundesverkehrsministers liegen um Jahrzehnte hinter den von Ganser und mir geteilten Vorstellungen zurück.

Manchmal wird angenommen, Ganser hätte in finanziell besonders günstigen Zeiten wirken können. Das ist, mit Verlaub, grober Unfug. Für den Gesamtbereich meines Ministeriums – einschließlich des Verkehrsbereichs – gingen von 1980 bis 1990 die Investitionsausgaben von 5.813 Mio. DM auf 3.318 Mio. DM zurück, für den Bereich Städtebau von 913 Mio. DM auf 439 Mio. DM. Gestiegen sind nur die Ausgaben für den Denkmalschutz, von 40 Mio. DM auf 54 Mio. DM. Finanzminister Dieter Posser strebte einen ausgeglichenen Haushalt an, die deutsche Vereinigung konterkarierte das nach 1990.

Dann kam es zur IBA Emscher Park. In der Haushaltseinführung 1989 steht: „Im Mai 1988 hat die Landesregierung die Vorbereitung und Durchführung einer Internationalen Bauausstellung zum Thema ökologische und soziale Erneuerung alter Industriegebiete beschlossen“, sie findet im Emscher-Raum statt und soll 1995 präsentiert werden. In der Haushaltseinführung 1990 steht: „Für die einzelnen IBA-Projekte ist kein gesondertes staatliches Förderprogramm vorgesehen. Die Projekte werden vielmehr aus den Investitionshaushalten/ Fördertiteln der Gemeinden/ des Landes NRW finanziert, denen sie von der Sache her zugeordnet sind. Die Landesregierung hat für die IBA-Projekte innerhalb dieser Haushaltsmittel Priorität beschlossen.“ Dennoch wird die IBA mit außerordentlich hoher Förderung assoziiert. Die Realität ist: Die Förderung belief sich auf insgesamt 3.057 Mio. DM für 123 Projekte in 11 Jahren. Das sind pro Jahr 278 Mio. DM oder 25 Mio. DM pro Projekt oder 2,3 Mio. DM pro Projekt und Jahr. 2023 sind diese Zahlen auf Euro bezogen zu halbieren.

Aber wie kam es zur IBA? Die Projekte der erhaltenden Stadterneuerung sollten gebietsbezogen vernetzt werden, abgestimmt jeweils mit der betroffenen Kommune. Im Ruhrgebiet gehen die Kommunen ineinander über und gebietsbezogene Stadtentwicklung muss die kommunalen Grenzen überschreiten. Ganser und ich sprachen darüber mit dem Direktor des Regionalverbandes Ruhr. Dabei wurde deutlich, dass der RVR nicht die finanziellen und rechtlichen Kompetenzen hatte, integrierte Stadtentwicklung verantwortlich zu koordinieren. Und dann gab es in der Agglomeration ein ökologisches Mammutproblem, den 80 Kilometer langen offenen Abwasserkanal Emscher mit seinen abwasserkanalisierten Nebenläufen. Die EmscherGenossenschaft hatte nicht die Möglichkeiten, dieses Problem zu beseitigen. Die IBA war so der Ausweg für beides.

Ganser wollte Geschäftsführer dieser IBA werden. Selbstverständlich stimmte ich zu. Für mich war erkennbar, dass er nun ohne einen administrativ übergeordneten Minister wirken wollte, mit vielfältigster Kreativität und großartiger Kommunikationsfähigkeit. Dazu gehörte, die Bedeutung der Industriekultur auf Weltebene zu heben. Das begann mit der Auszeichnung der Zeche Zollverein, schon zuvor durch Ministerentscheid gegen die Stadt Essen unter Denkmalschutz gestellt, als Weltkulturebene. Weltkultur ist die gesamte Industrielandschaft an Ruhr und Emscher, das Ministeramt reicht nicht aus, das zu verstehen.

Über die IBA wird Wolfgang Roters sprechen, die in dieser Zeit verantwortliche Ministerin Frau Brusis ist hier, Sie waren politisch für die IBA verantwortlich.

In den acht Jahren, in denen ich Minister und Karl Ganser Abteilungsleiter waren, hat sich ein freundschaftliches Verhältnis zwischen uns entwickelt, begründet auch durch Gansers Fürsorglichkeit oder auch die Sorge um einen ausfallenden Minister. Etwa 1983 merkte ich, dass die körperlichen Belastungen meiner Tätigkeit als Minister an Grenzen stießen. Mit Ministerpräsident Rau besprach ich das Erfordernis einer längeren Auszeit. Dafür hatte Ganser einen Vorschlag, dem ich folgte, Kur in Bad Wörishofen, Orientierung an einem ganzheitlichen Gesundheitsverständnis. Es entstanden so Gemeinsamkeiten im Allgäu, nicht weit von Gansers damals bezogener Wohnung in einer alten Schmiede in Nattenhausen entfernt, und räumlich weiter in den Alpen. Folgen waren von Ganser angeregt Urlaube auf dem Allgäuer Berghof bei Sonthofen und im Engadin, oft verbunden mit gemeinsamen Wanderungen. Allerdings, auch in NRW lässt sich wandern. Wir taten das, manchmal mehrtägig, auch zusammen mit unseren Ehefrauen, in Ostwestfalen, linksrheinisch, an der Wupper. Dass die IBA zwischen mir, Karl Ganser und Wolfgang Roters wandernd im Allgäu konzipiert wurde, gehört in diesen zwischenmenschlichen Zusammenhang.

Schließlich war ich zusammen mit Ganser auch in den USA, in der Sowjet-Union, und in China. Er dürfte nicht meine Auffassung geteilt haben, dass politisches Handeln in Deutschland um das militärisch, einwohnerbezogen und territorial größte Land der Welt wissen sollten. Er machte allerdings prägende Erfahrungen. In San Franzisko ließ er das Auto anhalten als er ein grün bewachsenes Parkhaus entdeckte. In China erfüllte ihn Resignation, die Welt würde wohl nicht so werden, wie er es sich erhole.

Nach 1990 beendete Ganser sein Wirken in NRW. Das fiel zeiträumlich mit dem Ende der Amtszeit von Johannes Rau zusammen, einem Ministerpräsidenten, dessen ziviles Verhalten Repräsentanten der Zivilgesellschaft Beispiel sein könnte. Dessen Nachfolger Wolfgang Clement dachte in einer anderen, für viele nicht zu verstehenden, Zeit und er ließ es Ganser wissen.

Karl Ganser hat zuerst als Bürokrat und dann als Geist und Organisator der IBA fast Unvorstellbares geleistet. Aber das war nur möglich, weil die demokratisch durch Wahlen Legitimierten das auch wollten oder zumindest akzeptierten, für mich und auch für Rau galt das. Andererseits setzte Ganser um, was die politische Legitimierten wollten. Deren generelles Problem kann es sein, dass Bürokraten kontraproduktiv arbeiten. Kontraproduktiv war Ganser niemals, aber auch das macht nicht bei allen beliebt.